

"Auch Paris braucht Brüssel" in Die Zeit (9. Juli 1965)

Quelle: Die Zeit. Wochenzeitung für Politik-Wirtschaft-Handel und Kultur. Herausgeber Müller-Marein, Josef. 09.07.1965, Nr. 28; 20. Jg. Hamburg: Gruner GmbH. "Auch Paris braucht Brüssel", auteur:Stolze, Diether , p. 1.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: http://www.cvce.eu/obj/auch_paris_braucht_brussel_in_die_zeit_9_juli_1965-de-5114b13e-c02d-48a7-a548-393da20a9eed.html

Publication date: 27/01/2014

Auch Paris braucht Brüssel

Bauern und Bomben wären ohne EWG zu teuer

Brüssel, Anfang Juli

Drei Minuten nach Mitternacht erloschen im Palais des Congrès die Lichter. Die in Brüssel versammelten Minister der sechs EWG-Länder saßen im Dunkeln. Wer darin ein schlechtes Omen sah, fand sich schnell bestätigt: Nachdem der Kurzschluß behoben war, dauerte es nur noch 107 Minuten, bis die Verhandlungen scheiterten. Am 1. Juli kurz vor zwei Uhr morgens begann die bisher schwerste Krise des Gemeinsamen Marktes. Seit dieser Stunde herrscht in Brüssel und den Hauptstädten der EWG-Länder Rätselfragen darüber, warum Frankreich diese Zerreißprobe provoziert hat.

Gewiß sind die Franzosen formal im Recht. Sie haben sich bei den Beratungen im Ministerrat an das Programm gehalten, das eine Vollendung des Agrar- und Industriemarktes bis zum 1. Juli 1967 vorsah. Verhindert haben eine rasche Einigung vor allem die Holländer und in den letzten Stunden auch die Italiener, die aus verschiedenen Gründen auf Zeitgewinn spielten, ein holländischer EWG-Beamter hatte bereits am Nachmittag, als die Stimmung noch zuversichtlich war, unmißverständlich erklärt: „Es wäre schlimm, wenn wir bereits heute zu einer Einigung kommen würden.“ Auch wurde vermerkt, daß die deutsche Delegation unter Außenminister Schröder keine besondere Anstrengung unternahm, doch noch einen Kompromiß herbeizuführen.

Diese Feststellungen können jedoch nichts an der Tatsache ändern, daß allein Paris die Schuld daran trägt, daß heute die Existenz des Gemeinsamen Marktes bedroht ist.

Couve de Murville hat den Vorschlag *Hallsteins* abgelehnt, nach erprobter EWG-Sitte „die Uhren anzuhalten“, also die Verhandlungen einfach um einige Tage zu verlängern. Er hat sich auch dem deutschen Begehren widersetzt, möglichst bald einen neuen Anlauf zur Einigung zu wagen. Und seitdem unternimmt Frankreich alles, die Krise immer weiter zu verschärfen. Seine Minister sprechen von der EWG in der Vergangenheitsform, beklagen eine „verlorene Hoffnung Europas“ und kränken die EWG-Partner durch die Behauptung, ihnen habe es an gutem Willen gefehlt. Mit der Politik des „leeren Stuhles“, der Weigerung also, weiterhin an den Ministerberatungen teilzunehmen, operiert Paris hart am Rande des Vertragsbruchs.

Diese Taktik steht im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs. Die Vollendung des Agrarmarktes hätte Frankreich als dem größten landwirtschaftlichen Erzeugerland der Gemeinschaft endgültig einen Markt von 180 Millionen Konsumenten und überdies Milliarden-Zuschüsse aus der gemeinsamen EWG-Kasse gesichert.

Was also hat den General veranlaßt, so kurz vor dem erstrebenswerten Ziel auf die Bremse zu treten und das Steuer herumzureißen? Drei verschiedene Antworten werden auf diese Frage angeboten.

Erste Version: De Gaulle führt einen Nervenkrieg, um eine für ihn möglichst günstige Einigung zu erzwingen. Holländer und Italiener vor allem vertreten die Ansicht, der General wolle seine Partner und die Kommission in Brüssel unter Druck setzen, um dem Europa-Parlament nicht zuviel Rechte einräumen zu müssen. Im übrigen aber sei de Gaulle wegen der unschätzbaren wirtschaftlichen Vorteile der EWG zur Aufrechterhaltung der Gemeinschaft entschlossen.

Zweite Version: De Gaulle hat die Krise herbeigeführt, um eine Stärkung der Hallstein-Kommission und des Europäischen Parlaments zu verhindern. Deutsche Beobachter neigen zu dieser Beurteilung. Der General sei zwar zur Vollendung der EWG bereit – so sagen sie –, werde sogar ein durch ein *Gentlemen's agreement* gemildertes Mehrheitsstimmrecht akzeptieren – aber um keinen Preis zugestehen, daß die Gemeinschaft ein noch höheres Maß an Supranationalität gewinnt, als in den Römischen Verträgen vorgesehen ist. Nur ein politischer Kompromiß könne die EWG retten. Der Streit um die Sachfragen sei nur vorgeschoben worden, weil Couve de Murville nicht in die „Falle“ der Holländer habe laufen wollen. Die Franzosen hätten die Verhandlungen an Detailfragen scheitern lassen, weil die Regierung in Paris schließlich nicht vor ihre

Bauern treten und erklären könne, sie habe den europäischen Agrarmarkt de Gaulles Vorstellungen von nationaler Unabhängigkeit geopfert.

Dritte Version: De Gaulle ist zur entscheidenden Kraftprobe angetreten, um den EWG-Vertrag nach seinen Wünschen umzuformen. Aus den Kreisen um Präsident Hallstein ist die Vermutung zu hören, Paris wolle um jeden Preis den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen verhindern, die vom nächsten Jahr an auf bestimmten Gebieten vorgesehen sind. Die Pessimisten vermuten, der General habe nun mit einiger Verspätung erkannt, daß eine vollendete Wirtschaftsunion ihm zuviel Souveränität wegnehmen würde; er wolle deshalb die EWG zu einem Zollverein verdorren lassen.

Gegenwärtig wird niemand sagen können, welche Version richtig ist – ob der General letztlich den Kompromiß sucht oder die Kraftprobe. Indessen ist eines klar: Der Gemeinsame Markt wird nicht auf unübersehbare Zeit im Zwischenreich der Krise existieren können. Zwar haben die Franzosen ausdrücklich erklärt, daß sie die bisherigen Fortschritte nicht in Frage stellen, also nicht etwa die Zölle wieder erhöhen wollen (was aus manchen Pariser Äußerungen anfänglich herauszulesen war). Aber in anderen Ländern spricht man bereits von einer „Revision“ von Agrarvereinbarungen – was Paris die Möglichkeit geben würde, etwa die Bundesrepublik des Vertragsbruches zu beschuldigen. Außerdem werden für die Gemeinschaft lebensnotwendige Entscheidungen blockiert: Für die Kennedy-Runde, gegenüber den EFTA-Ländern, aber auch den weiteren Zollabbau und fälligen Agrarregelungen. Und schließlich kann niemand erwarten, daß Paris 1966 in seiner Abwesenheit gefällte Mehrheitsentscheidungen respektieren würde.

Die Entscheidung muß also schnell fallen, spätestens bis zum Jahresende. Die EWG-Kommission und die fünf Partnerstaaten Frankreichs sollten gemeinsam ein Arbeitsprogramm vorlegen, das einen für alle annehmbaren Ausweg aus der Krise aufzeigt. Gegenüber de Gaulle muß dabei die Devise gelten: fest bleiben, aber keine ihm unzumutbar erscheinenden Forderungen stellen. Bisher hat Frankreich, manchen skeptischen Prognosen zum Trotz, den Vertrag von Rom immer erfüllt. Halten wir uns also an diesen Vertrag: nicht weniger Supranationalität als dort festgelegt wurde, aber zunächst – bis zu einem günstigeren Zeitpunkt – auch nicht mehr.

Noch ist die EWG nicht verloren. Auch für de Gaulle (wie für Ludwig Erhard) kann die Aussicht nicht reizvoll sein, auf den Trümmern des europäischen Einigungswerkes in den Wahlkampf zu ziehen. Der „Aufstand der Europäer“ in Frankreich wird ihm gezeigt haben, wie wenig populär der Weg zurück in die Isolation in seinem eigenen Land wäre. Nicht nur die Bauern haben sofort Alarm geschlagen, was zu erwarten; auch die Industrie hat seine starre Haltung offen kritisiert.

Zuviel steht für Frankreich auf dem Spiel: der einzige denkbare Absatzmarkt für seine Bauern; das Wachstum seiner Industrie, die den Weltmarkt-Standard der Deutschen oder gar der amerikanischen Großunternehmen noch nicht erreicht hat; die Konjunktur, die nur ein expandierender Großmarkt bieten kann.

Schließlich erscheint sogar de Gaulles liebstes Kind gefährdet – die *Force de frappe*. Ein vollendeter Agrarmarkt würde Frankreich pro Jahr zwei bis drei Milliarden Mark EWG-Zuschüsse bringen, etwa die Hälfte der Kosten der Atomstreitmacht. Wie will Paris die *Force de frappe* finanzieren, wenn es aus eigener Tasche Milliarden-Subventionen an seine Bauern bezahlen und auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Bonn (etwa bei *Euratom*) verzichten müßte?

Es ist möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß de Gaulle trotz dieser Vorteile die EWG in seinem Widerwillen gegen jede Supranationalität zerstören wird – möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß er seiner Vorstellung von *Grandeur* unerbittlich die wirtschaftliche Zukunft seines Landes opfert. Seine Partner aber dürfen ihm einen solchen Schritt weder durch Uneinigkeit und Ungeschicklichkeit noch durch mangelnde Kompromißbereitschaft erleichtern. Wenn der Gemeinsame Markt *scheitern* sollte, dann muß ganz klar werden, wer die Verantwortung für diese unheilvolle Entwicklung trägt.

Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa müßte man dann neue Wege suchen. Die EWG könnte als Torso nicht weiterleben – und es könnte auch nicht einfach Frankreich durch England ersetzt werden.

Wilson steckt derzeit tief in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ist überdies der Integration nicht weniger abgeneigt als de Gaulle. Man würde wohl auf eine große Freihandelszone zusteuern, die die Reste der EWG, die EFTA und gewiß auch Frankreich umfassen würde, das sonst in wirtschaftlicher Isolierung verkümmern müßte. Bei den Verhandlungen über die notwendige Neuordnung hätte die Bundesrepublik als Industrieland mit einer liberalen Außenhandelspolitik eine starke Position, Frankreich als Agrarexportland eine schwächere: In Europa gibt es nun einmal mehr Kunden für unsere Autos als für de Gaulles Weizen.

Doch dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Eine Freihandelszone könnte nur die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen des EWG-Zusammenbruchs verhindern, aber kein Ersatz für die mit so großen Hoffnungen verbundene Wirtschaftsunion der sechs Staaten werden. Wie Walter Hallstein gesagt hat: „Wenn die EWG scheitert, dann ist die politische Einigung für unsere Generation verloren.“

Wenn die EWG scheitert, dann zerrinnt ein Traum, den gerade de Gaulle immer beschworen hat: aus Europa „die wohlhabendste und einflußreichste Völkergemeinschaft der Erde“ zu machen.

Diether Stolze